

Wahlprüfstein DIE LINKE

Aktionsgemeinschaft Nachtstrom-Nutzer-Karlsruhe
Sprecher Ulrich Becksmann
Am Kegelsgrund 26
76229 Karlsruhe

Antworten an die Aktionsgemeinschaft Nachtstrom-Nutzer-Karlsruhe

elektrische Speicherheizung

1. Wie stehen Sie heute zur elektrischen Speicherheizung und ihrer künftigen Rolle im Stromnetz?

Wir halten Nachtspeicherheizungen weiterhin für ineffizient und der Energiewende nicht dienlich. Die Hauptheizungszeit fällt in eine Periode im Jahr, in der naturgemäß vielfach wenig Ökostrom produziert werden kann. Dementsprechend erhöhen Elektrodirektheizungen in der jetzigen Phase der Energiewende den Bedarf an fossiler Backup-Kapazität. In einer späteren Phase der Energiewende, in der regelmäßig relevante Ökostromüberschüsse vorhanden sind – was heute noch nicht der Fall ist –, werden auch Stromheizungen, welche stromgeführt (und nicht wärmegeführt, wie Nachtspeicherheizungen) mit zeitweisen Ökostromüberschüssen beheizt werden, eine Rolle spielen. Dafür werden diese mit Wärmespeichern verbunden sein. Ein Ausmusterungsgebot für Nachtspeicherheizungen ist darum sinnvoll. Elektrodirektheizungen werden im Wesentlichen mit Graustrom betrieben, was höhere CO₂-Emissionen zur Folge hat, als wenn Gasheizungen (am besten in Kraft-Wärme-Kopplung), oder noch besser regenerative Heizungen zum Einsatz kommen.

2. Welche administrativen und politischen Schritte werden Sie in die Wege leiten, um den oben beispielhaft genannten Modellversuchen zum Durchbruch zu verhelfen?

Wir sehen jenseits von Forschungs- und Pilotvorhaben keine Unterstützung für o.g. Entwicklungen vor. Sie sollten erst dann strommarktgeführt zum Einsatz kommen, wenn regelmäßig relevante Ökostromüberschüsse existieren. Elektrodenheizungen in Wärmespeichern sind als „Tauschsieder“ zudem nicht wirklich Hochtechnologien, die gefördert werden müssten.

Langzeitspeichermöglichkeiten

3. „Electrical Thermal Storage“ (ETS) war außerhalb Deutschlands nie strittig. Ein Blick über die Ländergrenzen macht Sinn (z.B. Internet). In der EU gibt es 15 Millionen Haushalte mit Stromspeicherheizungen (in Deutschland ca. 1,5 Mio.). Auch wenn sich Stromgewinnung aus Sonne und Wind gut ergänzen, bleibt eine Lücke, die durch Langzeitspeicher bzw. Reservekraftwerke geschlossen werden muss.

Auf welche Langzeitspeichermöglichkeiten setzen Sie für die Zukunft?

Wir möchten zunächst darauf hinweisen, dass sich Wärmespeicher nicht dazu eignen, die von ihnen aufgezeigte Lücke zu schließen, da es sich hierbei um eine Stromlücke handelt, nicht um eine Wärmelücke. Bezüglich der so genannten „Dunkelflaute“, gegen die ab einem Ökostromanteil von etwa 70 Prozent gegengesteuert werden muss, setzen wir auf Technologien, wie „power to gas“, die ergänzt werden durch einen internationalen regenerativen Stromverbund.

konventionelle Energieerzeugung

4. Halten Sie den Ausstieg aus konventionellen Kraftwerken für möglich bzw. welchen Zeitraum sehen Sie bis zur Stilllegung?

Der schrittweise Kohleausstieg soll nach unserer Auffassung 2018 beginnen und spätestens 2035 muss der letzte Kohleleiler vom Netz gehen. Wir fordern ein Verbot für den Neubau von Kohlekraftwerken sowie den Neuaufschluss und die Erweiterung von Braunkohletagebauen.

Klimaschutz

5. Die Aufkündigung des Klimavertrags der Pariser Weltklimakonferenz durch Präsident Trump gefährdet das formulierte Ziel der Klimastabilisierung. Umso mehr Hoffnung muss man auf die anderen Unterzeichner setzen. Auch die Bundesregierung wird die bisher gesetzten CO₂-Reduktionsziele nicht erreichen. Andere Länder haben längst Maßnahmen zu einer deutlicheren Dekarbonisierung eingeleitet.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um eine ambitioniertere Reduktion der CO₂-Emissionen im Heizungsbereich zu bewirken?

Wir wollen bis zum Jahr 2020 den Anteil regenerativer Wärme von gegenwärtig 13,4 Prozent auf 20 Prozent erhöhen. Förderungen für den Heizungsaustausch auf fossile Heizungen oder gar für fossile Neuanlagen soll es bis dahin nicht mehr geben. Ferner ist die Gebäudeeffizienz zu erhöhen, um den Heizbedarf zu senken. Dafür muss u.a. die jährliche Rate energetischer Modernisierungen von rund ein auf zwei bis drei Prozent erhöht werden. Die entsprechenden Fördermittel wollen wir auf 5 Milliarden Euro erhöhen. Im Neubau muss entsprechend den EU-Vorgaben bis 2019 (öffentliche Gebäude) bzw. 2021 (private Gebäude) das Niedrigenergiehaus Standard werden. Dafür muss Deutschland zügig die regulatorischen Voraussetzungen schaffen.

6. In Dänemark dürfen seit 2012 keine Öl- und Gasheizungen mehr in Neubauten eingebaut werden – Musterland für Direkteinspeisung von Windstrom in elektrische Heizungen. Bei uns wird heute noch Wärmestromern geraten, auf die wesentlich billigere Heizung mit konventionellen Brennstoffen umzusteigen. Der Preisvergleich hinkt nicht nur, er ist falsch. Der Strompreis, auf den wir noch zurückkommen, ist unangemessen hoch, u.a. belastet mit Stromsteuer und EEG-Umlage. Dem gegenüber sind die konventionellen Brennstoffe subventioniert, statt mit Verschmutzungsabgabe belastet zu sein. Die Betreiber von elektrischen Nachtspeicherheizungen tragen übrigens durch den Großverbrauch von Strom um ein Vielfaches zur EEG-Umlage bei und sind damit vom hohen Strompreis besonders betroffen. Insbesondere auch, nachdem der Steuervorteil für die Abnahme von Nachtstrom (Beitrag zur Netzstabilisierung!) zum 31.12.2006 bis heute ersatzlos gestrichen wurde.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, die CO2-Emissionen im Wärmebereich spürbar zu reduzieren, ohne den Weg in die von CO2-Emissionen freie Zukunft zu verbauen?

Wir verweisen auf die vorhergehenden Antworten. Ergänzend weisen wir darauf hin, dass DIE LINKE für die Abschaffung der Stromsteuer eintritt, und dafür eine CO2-Steuer auf fossile Heizstoffe befürwortet. Zudem sollen die Einnahmen aus der CO2-Steuer nach Schweizer Vorbild an die Bürgerinnen und Bürger zurückgezahlt werden. Diese Änderungen sollen aber nicht Nachtspeicherheizungen zu Gute kommen, sondern vor allem der Sektorkopplung im Verkehrsbereich (E-Mobilität) sowie der Wärmepumpe dienen. Letztere kann im Gegensatz zu Stromdirektheizungen Umweltwärme für die Nutzung mobilisieren.

Windkraft

7. Um einen weiteren massiven Ausbau der regenerativen Energien kommen wir nicht vorbei. Die Mitte Mai von der Bundesnetzagentur bekannt gegebenen Ergebnisse der Ausschreibung von Windkraft an Land weist zwar auf beachtliche Fortschritte hin in Regionen, die ohnehin schon viel (zu viel) Windkraft erzeugen. Der Süden (Baden-Württemberg) wurde aber ausgebremst, als ob hier kein Wind weht. Auch die Regionalisierung der regenerativen Stromerzeugung und Stromeinspeisung sollte beim weiteren Ausbau eine Rolle spielen.

Wie wollen Sie die Benachteiligung Baden-Württembergs beim Ausschreibungsverfahren künftig kompensieren?

DIE LINKE hat sich gegen die Ausschreibungssysteme beim Ökostrom gewandt. Da es hier (auch aus EU-rechtlichen Gründen) offensichtlich kein Zurück mehr gibt, fordern wir, die Ausbaudeckel abzuschaffen bzw. deutlich anzuheben. Ferner fordern wir eine stärkere Regionalkomponente im Ausschreibungsdesign. Der Referenzertrags-Koeffizient konnte offensichtlich nicht dazu beitragen, auch Anbietern im Süden zum Zuschlag zu verhelfen. Eine weitere Konzentration der Windkraftanlagen allein im Norden halten wir aus Akzeptanzgründen nicht für sinnvoll.

8. Gerade im Süden sind elektrische Speicherheizungen verbreitet und auf die künftige Funktion im Stromlastmanagement zur Netzstabilisierung eingestellt. Noch fehlen die Leitungen (HGÜs), die den überschüssigen Windstrom vom Norden in den Süden bringen. Die Netzregulierung, die Abregelung von Photovoltaik- und Windstromanlagen, nicht angeschlossene Anlagen und die Abschiebung von Strom ins Ausland (zum Teil mit Aufzahlung) belasten den ohnehin hohen Strompreis schon jetzt erheblich.

Sehen Sie Möglichkeiten den Süden beschleunigt mit überschüssigem Windstrom aus dem Norden zu versorgen, z.B. durch schnelleren, unseres Wissens auch weniger problematischen Ausbau der Westleitung von Wilhelmshafen nach Philippsburg („Ultranet“)?

Wir halten einen beschleunigten Ausstieg aus der Braunkohleverstromung und aus der Atomkraft für einen aussichtsreichen Weg, die mit fossil-atomaren Strom verstopften Netze für Ökostrom frei zu machen, um den Stromtransport von Nord nach Süd zu verbessern.

Strompreise

9. Gerade erreicht uns die Pressemitteilung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie zur Veröffentlichung der Ergebnisse der Konsultation zum Grünbuch Energieeffizienz und zum Impulspapier Strom2030. Dort wird unsere Sorge um den Strompreis aufgegriffen: „Derzeit wird Strom höher mit Steuern und Abgaben belastet als fossile Heiz- und Kraftstoffe. Damit der Einsatz von Strom in den anderen Sektoren sich rechnet, brauchen wir eine Reform von Umlagen, Entgelten und Steuern.“ Wir begrüßen diesen beispielhaften Schritt der Bürgeranhörung und vor allem das Eingehen auf die vorgebrachten Sorgen und Wünsche. Der besonders umstrittene Punkt der EEG-Umlage, deren Überprüfung und ggf. andere Finanzierung durch steuerliche Maßnahme wird von vielen schon lange gefordert. Diese Umlage steht auch europäischen Regelungen im Wege.

Sind Sie bereit die EEG-Umlage aus dem Strompreis herauszunehmen und anders zu regulieren und auch die Stromsteuer

in die Strompreisprüfung einzubeziehen?

Wir wollen die EEG-Umlage nicht abschaffen, sondern reformieren. Um die Belastung für kleine und mittelständische Unternehmen sowie private Haushalte zu senken, müssen die Preistreiber der EEG-Umlage auf den Prüfstand: die oftmals unberechtigten Privilegien der Industrie. Gleiches gilt für die Industrierabatte bei Netzentgelten, Ökosteuer und Emissionshandel. Zusätzlich wollen wir die hohen Anfangskosten der Ökostromanlagen und daraus resultierende Zahlungsverpflichtungen aus der EEG-Umlagefinanzierung herausnehmen und in einen Energiewendefonds auslagern. Wie bereits erläutert wollen wir die Stromsteuer abschaffen bzw. auf den EU-Mindeststeuersatz absenken.

10. Der Blick in die Nachbarländer macht Änderungen hier unausweichlich, denn die Strompreise sind in der Regel erheblich unter unseren.

Wie stehen Sie zu einem gut funktionierenden europaweiten Stromnetz und in diesem Zusammenhang zur Forderung eines offenen Strommarktes in der EU?

Wir befürworten einen europäischen regenerativen Stromverbund, welcher sowohl den Bedarf an Erzeugungs- als auch an Speicherkapazitäten reduzieren kann. Versorgungssicherheit auch europäisch zu denken, darf aber nicht bedeuten, dass nationale Anstrengungen zur Energiewende vermindert werden. Der weit überwiegende Teil der hierzulande benötigten Energie muss künftig in der Bundesrepublik selbst erzeugt werden, und zwar auf regenerativer Basis und mit deutlich erhöhter Energieeffizienz.